



Positionen des Arbeitskreises Gender & Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern

(Dieses Positionspapier bezieht sich auf das Selbstverständnis des Arbeitskreises.)

Gender, Geschlechtergerechtigkeit und Gesundheit

Gender ist ein Fachbegriff für "Geschlecht", wobei mit dem englischen Wort Gender mehr als nur das biologische Geschlecht ("sex") gemeint ist. Mit der Verwendung dieses Fachbegriffs wird die Aufmerksamkeit dafür geschärft, dass "Geschlecht" neben biologischen Merkmalen immer auch soziale und kulturelle Komponenten beinhaltet, die sich historisch verändern können. Gute Beispiele dafür sind die stark erhöhte Erwerbstätigkeit von Frauen, ihr Vordringen in Berufsfelder, die früher reine Männerdomänen waren sowie ein insgesamt größeres Engagement von Männern in der häuslichen Reproduktionsarbeit und in der Kinderbetreuung.

Der internationale Begriff Gender Mainstreaming lässt sich am besten mit Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit übersetzen. Das bedeutet, in allen gesellschaftlichen Bereichen und bei politischen Entscheidungen, die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern grundsätzlich und systematisch zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen basiert auf der Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutralen Lebensbereiche (z. B. Arbeit, Familie, Kindererziehung, Gesundheit) gibt. Männer und Frauen können in sehr unterschiedlicher Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein. Gender Mainstreaming bedeutet also zu berücksichtigen, dass Eingriffe in die Lebenswelten von Frauen und Männern unterschiedliche Auswirkungen haben können, daher "Gender". Dies gilt für alle Regelungen, nicht nur für solche mit einem ausdrücklichen Gleichstellungsziel, daher "Mainstreaming".

Gesetzliche Grundlage für eine auf der Strategie des Gender Mainstreaming basierenden Gleichstellungspolitik auf EU-Ebene sowie in der Bundesrepublik Deutschland ist der Amsterdamer Vertrag vom 1. Mai 1999.

Gesundheit bezeichnet den Zustand des Wohlbefindens einer Person, die sich psychisch und sozial im Einklang mit den eigenen Möglichkeiten und Zielvorstellungen und den jeweils gegebenen äußeren Lebensbedingungen befindet. Dazu gehören die gelingende Bewältigung sowohl der inneren (körperlichen und psychischen) als auch äußeren (sozialen und materiellen) Anforderungen, ebenso wie Wohlbefinden und Lebensfreude.

Gesundheitsförderung ist ein komplexer sozialer und gesundheitspolitischer Ansatz, der ausdrücklich die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensweisen und Lebensbedingungen umfasst. Gesundheitsförderung will individuelle Lebens- und Handlungsfähigkeiten beeinflussen und Menschen zur Verbesserung ihrer Gesundheit befähigen. Sie zielt darüber hinaus auf ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Faktoren sowie auf die politische Intervention zur Beeinflussung dieser gesundheitsrelevanten Faktoren.

Ungeachtet zahlreicher Erfolge in der rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen bestehen nach wie vor in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen historisch gewachsene Defizite im Hinblick auf gleiche Teilhabe an materiellen und zeitlichen Ressourcen, am Arbeitsleben, an sozialer Absicherung und nicht zuletzt an Leistungen des Gesundheitswesens.

Grundlage für eine Beseitigung dieser Defizite ist die Gleichstellungspolitik auf der Ebene der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland, die dem Prinzip des Gender Mainstreaming folgt und nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages vom 1. Mai 1999 für alle Mitgliedsstaaten der EU rechtliche Verbindlichkeit hat.

Gender Mainstreaming ist ein geschlechterpolitisches Konzept, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern umzusetzen und die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Es setzt bei unterschiedlichen Lebensbedingungen an und zielt darauf ab, Systeme und Strukturen, die eine Ungleichbehandlung von Frauen und Männern produzieren und reproduzieren, zu analysieren und zu verändern.

Der Arbeitskreis Gender & Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern sieht seine Aufgabe in einer geschlechterbezogenen Analyse von Gesundheitsförderung, Prävention und Versorgungsleistungen des Gesundheitswesens, in der Sensibilisierung für Gendermedizin sowie in der aktiven Teilnahme an einschlägigen politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen. Ein weiteres Anliegen besteht darin, die stärkere Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte in der Aus- und Weiterbildung der Berufe im Gesundheits- und Erziehungswesen zu fördern.

Um eine Medikalisierung oder Biologisierung des Themas Gender und Gesundheit zu vermeiden, ist die Tätigkeit des Arbeitskreises prinzipiell interdisziplinär ausgerichtet. Sie berücksichtigt die Tatsache, dass Frauen und Männer keineswegs homogene soziale Gruppen sind, sondern in sich zahlreiche Unterschiede im Hinblick auf kulturellen Hintergrund, Milieu, Lebenssituation, Bedürfnisse, Alter und Familienstand aufweisen.

Die Beachtung der Geschlechtsspezifik in Gesundheitsfragen gilt für alle Versorgungsebenen des Gesundheitswesens. Das trifft besonders auf Gesundheitsförderung, Prävention und Vorsorge bis hin zur Rehabilitation von Frauen und Männern zu. Ein solches Herangehen steigert die Qualität von Leistungen des Gesundheitswesens, erhöht deren Zielgenauigkeit und spart ökonomische Ressourcen ein.

Menschen, die Gefahren einer Benachteiligung ausgesetzt sind, zum Beispiel aufgrund von sexueller Orientierung/Identität, Flucht- bzw. Migrationshintergrund, Armut, geringer schulischer und beruflicher Qualifikation oder prekären Wohnbedingungen, haben ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Sie profitieren bislang eher unterdurchschnittlich von Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention. Der Arbeitskreis Gender & Gesundheit MV arbeitet darauf hin, dass diese Problematik verstärkt in den Blick genommen und mittels gendersensiblen, also passgenaueren Gesundheits- und Präventionsangeboten, verbessert wird. Damit soll das Prinzip der gesundheitlichen Chancengleichheit nachhaltig gesichert werden.

Der Arbeitskreis Gender & Gesundheit MV setzt seine Ziele in einer strategischen Partnerschaft mit der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung MV e.V. und dem Landesfrauenrat MV e.V. sowie innerhalb des Aktionsbündnisses Gesundheit MV um. Er nutzt die Kompetenzen und Netzwerke dieser Partner und bringt sich durch die Fokussierung auf Geschlechtergerechtigkeit von Gesundheit aktiv in deren Arbeit ein.

Beschlossen durch den Arbeitskreis Gender & Gesundheit MV am 28.11.2016 in Rostock